

Kommentare. Berichte. Analysen.

BDS.

www.bds-dgv.de

Mai 2019

Der Selbständige

Offizielles Organ des Bundesverbandes der Selbständigen e.V.

Marco Buschmann
zur Europawahl:

**Verkrustete
Strukturen der
„GroKo Brüssel“
aufbrechen**





BranchenLösungen
leben.

Branchen im Fokus.

Betriebliche Altersversorgung – individuelle Lösungen für Ihre Branche im Fokus.

Sie sind Arbeitgeber?

Und wollen Ihren Arbeitnehmern eine betriebliche Altersversorgung anbieten, die sowohl die Belange Ihrer Branche berücksichtigt als auch attraktiv ausgestaltet ist? Dann entscheiden Sie sich für die Allianz. Gestalten Sie mit uns gemeinsam den perfekten Rahmen für die Vorsorge Ihrer Mitarbeiter.

Sie sind Arbeitnehmer?

Und wollen eine attraktive Betriebsrente? Eines steht fest: Mit der Allianz an Ihrer Seite haben Sie einen starken Partner, der Sie beim Aufbau Ihrer individuellen Altersvorsorge gemeinsam mit Ihrem Arbeitgeber unterstützt.



Alle Vorteile unter:
business.allianz.de/branchenloesungen



Das neue Deutschland ist staatsgläubig, hypersozial und ökogläubig

von Dr. Hugo Müller-Vogg

Ein der deutschen Sprache mächtiger Mensch in einem fernen Land hat nichts Besseres zu tun, als ein paar Tage lang deutsche Zeitungen zu lesen und Nachrichtensendungen im Fernsehen zu verfolgen. Er hat sich mit der politischen oder wirtschaftlichen Lage der Bundesrepublik noch nie beschäftigt. Doch nach konzentriertem digitalem Medienkonsum ist er überzeugt, Deutschland verstanden zu haben. Sein Deutschland-Bild in sieben Kapiteln:

Kapitel 1: Das soziale Deutschland

Nichts scheint die Deutschen, ihre Politiker und ihre Medien mehr zu beschäftigen als die soziale Frage. Die Konjunktur schwächelt, Schlüsselbranchen wie die Automobilindustrie oder die Finanzwirtschaft müssen sich strukturell neu ausrichten, aber die Deutschen reden in erster Linie von höheren Sozialleistungen, höheren Renten, höheren Gehältern und neuen Möglichkeiten, weniger zu arbeiten.

Kapitel 2: Das staatsgläubige Deutschland

Unser Beobachter hat im digitalen Lexikon erfahren, dass Deutschland einst als Wirtschaftswunderland galt – dank seiner sozialen Marktwirtschaft. Jetzt lernt er ein Land kennen, in dem fast alle auf den Staat setzen: Der Staat soll Wohnungen bauen, private Wohnungen verstaatlichen und niedrige Mieten garantieren. Die Regierung drängt zwei große Banken zu einer Fusion, scheint besser zu wissen als die verantwortlichen Manager, wie man aus zwei Fußballmannschaften olympiareifen Athleten formen kann. Der Wirtschaftsminister will unter staatlicher Anleitung „europäische Champions“ entstehen lassen. So viel Staat war hier wohl noch nie.

Kapitel 3: Ein Land im Umweltauamel

Wenn die Deutschen etwas tun, dann richtig. Nirgends ist die Verehrung für eine 16-Jährige, die ein umweltpolitisches „Kehret um“ predigt, so groß wie hierzulande. Schüler schwänzen Freitag für Freitag die Schule, um die Umwelt zu retten. Das Staats-



Hugo Müller-Vogg war Mitherausgeber der *FAZ*, *Bild*-Kolumnist und ist heute gefragter Gesprächspartner der Nachrichtensender *n-tv*, *N24* und *Phoenix*

oberhaupt und die Regierungschefin zollen ihnen für diesen Regelverstoß laut Beifall – und zahllose rote und grüne Politiker auch. Eine führende Grünen-Politikerin mit abgebrochenem Theologie-Studium vergleicht das Mädchen mit einem Propheten. Unser Beobachter wundert sich: Es wurden in Deutschland noch keine Straßen und Plätze nach Greta Thunberg benannt. Auch wurde sie bisher nicht zur Heiligsprechung vorgeschlagen.

Kapitel 4: Land der ausgebeuteten Frauen

Überall stößt unser Deutschland-Forscher auf die These, Frauen bekämen in Deutschland 21 Prozent weniger Lohn als Männer. Er wundert sich: Wenn das der Durchschnittswert ist, muss es ja arme Frauen geben, die 30 oder 40 Prozent weniger verdienen als Männer. Aber trotz intensiver Recherchen in allen verfügbaren Datenbanken findet er keinen einzigen Fall dokumentiert, in dem eine Frau für die identische Tätigkeit bei gleich langer Betriebszugehörigkeit und gleicher Ausbildung 21 Prozent weniger bekommt als ihr männlicher Kollege. Das wundert ihn sehr.

Kapitel 5: Land mit den meisten „Superreichen“

Unser Beobachter kann nicht ganz nachvollziehen, worum es bei der Debatte um die Abschaffung des Solidaritätsbeitrags genau geht. Aber eines fällt ihm auf: Die Gegner einer vollständigen Abschaffung sind gegen Erleichterungen für „Superreiche“. Was ihn aber wundert: dass aus der Sicht der SPD der „Superreichtum“ bei einem zu versteuernden Einkommen von 76.000 Euro im Jahr beginnt. Es überrascht ihn, dass „Reiche“ in Deutschland so arm sein sollen.

Kapitel 6: Land mit seltsamen Medien

Eine Umfrage des „Politbarometers“ im März zeigt, welche Probleme aus Sicht der Deutschen die wichtigsten sind. Die Reihenfolge: Ausländer/Flüchtlinge 33 %, Rente/Alterssicherung 18 %, Umwelt/Klima 16 %, Bildung/Schule 10 %, Soziale Gerechtigkeit 9 %, Wohnungsmarkt/Mieten 9%. Was dem Deutschland-Analysten aus der Ferne auffällt: In den Medien liest und hört und sieht relativ wenig über Probleme mit Zuwanderern und ihrer Integration. Aber umso mehr über die drohende Klimakatastrophe, die angeblich fehlende Gleichberechtigung von Mann und Frau, über „Political Correctness“ und Grabenkämpfe in den politischen Parteien. Die Notwendigkeit separater Toiletten für das „dritte Geschlecht“ wird in den Medien breiter diskutiert als die Frage, warum die Toiletten in den Schulen vielfach in einem miserablen Zustand sind. Er steht vor einem Rätsel.

Kapitel 7: Ein übelgelauntes Volk

Was den Mann aus dem fernen Land am meisten wundert: Bei fast allen internationalen Vergleichen steht Deutschland in Bezug auf Wirtschaftskraft und Lebensqualität gut da. Er kann deshalb nachvollziehen, dass es so viele Menschen aus fernen Ländern hierher zieht. Was er aber nicht verstehen kann: dass die Deutschen trotz objektiv – immer noch – guter Daten so gerne jammern und klagen. ■

www.hugo-mueller-vogg.de
Erstveröffentlichung: www.tichyseinblick.de

Eucken: Sein Erbe verblasst

von Frank Schäffler MdB

Die Kanzlerin verständigt sich mit dem französischen Präsidenten über eine europäische Industriepolitik. Der Wirtschaftsminister sinniert über eine „Nationale Industriepolitik 2030“. Der Staatssekretär im Finanzministerium fädelt im Verborgenen die Fusion zwischen Deutscher Bank und Commerzbank ein. Und selbst der Bundesverband der Industrie fordert, in bester Erinnerung an die korporatistischen Zeiten der Weimarer Republik, eine europäische Industriestrategie gegen die vermeintliche Übermacht aus China und den USA. Wenn all das zusammenkommt, dann ist es spätestens Zeit, einmal die derzeitige Verfassung unserer Wirtschaftsordnung zu betrachten. Sind wir auf dem richtigen Weg oder längst auf Abwegen? Wenn man diese Frage beantworten will, dann reicht es nicht, nur auf die aktuellen Wirtschaftszahlen zu schauen. Denn Wirtschaftspolitik beeinflusst nicht die Gegenwart, sondern die Zukunft.

Walter Eucken hat dazu bereits in den späten 40er Jahren sechs konstituierende Prinzipien einer marktwirtschaftlichen Ordnung aufgestellt, die heute noch herangezogen werden können, um die Situation der Wirtschaftspolitik in Deutschland und in der EU zu beurteilen.

Erstens: Der Primat der Währungspolitik im Sinne einer Geldwertstabilität. Die Geldwertstabilität ist nur auf der ersten Blick gewahrt. Die Nullzinspolitik der EZB hat fatale Nebenwirkungen. Zwar sind die offiziellen Konsumentenpreise einigermaßen stabil, jedoch fließt das billige Geld in die Vermögensgüter und sorgt



Frank Schäffler

ist Mitglied der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag und hat sich in der Vergangenheit als Euro-Rebell einen Namen gemacht

dort für Inflation. Die Aktien- und Immobilienmärkte boomen seit 2009. Durch die verzerrende Wirkung der Nullzinspolitik verlieren die Akteure im Wirtschaftsprozess die Orientierung. Der Zins als Lenkungsinstrument fehlt. Unrentable Investitionen rentieren sich plötzlich, Unternehmen, die unter normalen Zinsbedingungen längst vom Markt ver-

schwunden wären, überleben und hängen am Tropf des billigen Geldes.

Zweitens: Offene Märkte: Nicht nur Donald Trump schottet sich ab, sondern Deutschland und die EU auch. Die EU hält ein umfangreiches Zollregime aufrecht, die deutsche Regierung will nationale Champions fördern und Technologieunter-

nehmen von einer ausländischen Übernahme „schützen“. Alles das widerspricht offenen Märkten. Wer eine Wirtschaftspolitik der offenen Märkte vertritt, baut Schranken ab. Wer für Freihandel ist, orientiert sich am Konsumenten, der souverän entscheiden kann, was und von wem er etwas erwirbt. Dabei spielt es keine Rolle, ob diese Ware oder Dienstleistung von einem chinesischen, amerikanischen oder schwäbischen Unternehmen stammt. Einzig und alleine der Konsument entscheidet nach seinen Präferenzen.

Drittens: Privateigentum: Die enteignende Wirkung der Energiewende nach dem Ausstieg aus der Kernkraft und jetzt auch aus der Braunkohlenutzung lässt Vertrauen in private Investitionen schwinden. Zustimmungsvorbehalte der Regierung für Beteiligungen ausländischer Unternehmen an heimischen Unternehmen verunsichern Investoren. Die Diskussion über die Enteignung von privaten Wohnungsunternehmen in Berlin, und die Beschränkung des Nutzungsrechtes durch Milieuschutz und Mietpreisbremse sind ebenfalls tiefe Eingriffe in die Eigentumsordnung.

Viertens: Vertragsfreiheit: Die Verschärfung der Entsende-richtlinie in der EU zerstört den gemeinsamen Markt für Dienstleistungen in Europa. Wenn Unternehmen für grenzüberschreitende Dienstleistungen den am Erbringungsort zu zahlenden Tariflohn zugrunde legen müssen, dann führt das nicht nur zu einer überbordenden Bürokratie und zu einer Einschränkung der Vertragsfreiheit von beiden Seiten

durch Dritte, sondern es ist auch eine subtile Form des Protektionismus innerhalb der EU. Das Antidiskriminierungsgesetz führt dazu, dass Arbeitgeber nicht mehr die Personen einstellen können, die sie präferieren. Die Vertragsfreiheit wird vergesellschaftet.

Fünftens: Haftung: Wer den Nutzen hat, muss auch den Schaden tragen, so Eucken. Weder in der Euro-Schuldenkrise seit 2010 ist dies der Fall gewesen, noch ist es sehr wahrscheinlich, dass dieses Prinzip künftig stärker durchgesetzt wird. Die mögliche europäische Einlagensicherung oder die von Olaf Scholz präferierte europäische Arbeitslosenversicherung sind das glatte Gegenteil des Haftungsprinzips. Aber auch der 2015 geschaffene EU-Fonds für

Strategische Investitionen (EF-SI), der unter dem Stichwort „Juncker-Fonds“ das Wirtschaftswachstum in der EU ankurbeln sollte, ist ein tiefer Verstoß gegen Euckens Prinzip. Für rund 21 Milliarden Euro und seit 2018 mit 33,5 Milliarden Euro versucht die EU private Investitionen in der Größenordnung von 315 bzw. 500 Milliarden Euro anzuregen, indem die öffentliche Hand Haftungsrisiken für private Investoren übernimmt. Der Europäische Rechnungshof hat gerade ein verheerendes Urteil über die Wirkung gefällt.

Sechstens: Konstanz der Wirtschaftspolitik: Hier ist wohl das größte Sündenregister angesiedelt. Wer aus wichtigen Technologien, wie der Kernkraft oder der Braunkohle, von heute auf morgen aussteigt;

wer die Übernahme von Unternehmen verhindert; wer mit Zöllen auf Zölle reagiert, der kann nicht auf Vertrauen in die Wirtschaftspolitik setzen. Gerade große Investitionen brauchen Planungssicherheit. Die „Konstanz der Daten“ wie es Eucken bezeichnet, ist entscheidend für das Vertrauen in die Zukunft. Dies gilt für die Währungs-, Handels-, Steuer- und Lohnpolitik. Wer daran Hand anlegt, legt die Hand an unser Wirtschaftssystem.

Wenn die Kanzlerin davon spricht, dass die traditionelle Rolle des Staates, der Leitplanken setze, sich sonst aber aus der Wirtschaft heraushalte, so nicht mehr funktioniere, und daher eine engere Zusammenarbeit zwischen Politik und Wirtschaft verlange, dann maßt sie sich ein Wissen an, das sie nicht hat. Aber nicht

nur sie, auch ihr Wirtschafts- oder Finanzminister haben dieses Wissen nicht. Dieses Wissen hat niemand. Wer mit großen Augen dennoch nach Asien schaut, den mag man an die 1980er Jahre erinnern, als schon einmal so eine Diskussion in Deutschland geführt wurde. Die übermächtige japanische Auto- und Technologieindustrie war äußerst erfolgreich. Damals schauten alle nach Japan. Das Ministerium für Internationalen Handel und Industrie (MITI) und die Japan AG waren das große Vorbild deutscher Industriepolitiker. Heute ist Japan immer noch erfolgreich, aber die jahrzehntelange Marktabschottung, die Nullzinspolitik und die überbordende Verschuldung haben ihre Strahlkraft selbst bei den Ingenieuren der Wirtschaftspolitik verloren. ■

Anzeige

Ihr Partner für datenschutzkonforme Internetseiten



Fordern Sie als BDS Mitglied jetzt Ihren kostenlosen **DSGVO Websitecheck** an unter: www.cokuna.com/dsgvo oder telefonisch unter **+49 (0) 800 72 38 318**

cokuna
www.cokuna.com

cokuna communication • Könnertstr. 29 • 01067 Dresden • Tel.: +49 (0) 0800 / 72 38 318 • E-Mail: info@cokuna.com

Patriotismus heute

von Dr. Ingo Friedrich

Für viele Linke und Grüne sind Patriotismus und Vaterlandsliebe in der globalisierten Welt von heute keine bedeutenden Werte mehr. Staat und Nation werden in diesen Kreisen eher als Zweckgemeinschaft verstanden, die man bei Bedarf auch mal wechseln kann und deren Sinn vielleicht noch darin besteht, die Menschen besser zu erziehen.

Dabei braucht auch die Nation des 21. Jahrhunderts ähnlich wie eine Kommune oder eine Familie die emotionale Zuwendung seiner Bürger bzw. Mitglieder wie das tägliche Brot. Eine Nation, deren Bürger sich nicht mehr als Patrioten verstehen, verspielt seine Zukunft. Die These von J.F. Kennedy, wonach der patriotische Bürger zu allererst fragen sollte, was er für sein Land tun kann, hat nichts von ihrer Gültigkeit verloren.

Allerdings muss der nationale Patriotismus des 21. Jahrhunderts auch zur Kenntnis nehmen, dass heute nur noch jene Patrioten die Interessen ihres Landes nachhaltig und erfolgreich vertreten können, die zwei „neue“ Faktoren in ihre Überlegungen aufnehmen:

- die immens gestiegene Komplexität der heutigen politischen Realität und
- die neue Erfordernis der Einbeziehung der zentralen Empfindlichkeiten der Partner und Nachbarn in die eigenen Maßnahmen und Entscheidungen

Der „Patriot“, der in der klein gewordenen vernetzten Welt von heute immer noch nach dem Motto handelt „my country first“ und dabei meint „my country alone“ wird mittelfristig Schiffbruch erleiden, weil er sich isoliert und von neuen Bündnissen und Koalitionen der Partner überrollt wird. Genau das passiert derzeit dem amerikanischen



Dr. Ingo Friedrich

Vizepräsident des Europäischen Parlaments a.D.,
Präsident des Europäischen Wirtschaftssenats,
Präsident der Wilhelm-Löhe-Hochschule

Präsidenten Trump, der sich darüber wundert, dass seine Sympathiewerte in Deutschland und Europa so drastisch eingebrochen sind. Viele Europäer halten heute Russland und China für verlässlicher als die USA!

Der sich als „Patriot“ verstehende Präsident Trump hat also wegen Nichtberücksichtigung dieser neuen Gegebenheiten in wenigen Jahren in nahezu unvorstellbarer Weise Vertrauen verspielt und seinem Land geschadet. Ein ähnliches Schicksal werden die großmäuligen Populisten in Frankreich, Italien, Türkei und Polen erleiden.

Die neuen „immateriellen“ Sympathiewerte bei den Bürgern der Nachbar- und Partnerländer gewinnen in der heutigen Welt zunehmend an Bedeutung. Reise- und Kaufverhalten sowie politische Entscheidungen werden dadurch zunehmend beeinflusst.

Nicht zuletzt deshalb versuchen China und Russland auf den verschiedensten legalen und illegalen Wegen die europäischen Bürger für sich einzunehmen und mit positiven Informationen über ihr Land zu beeindrucken. Der kluge deutsche Patriot nimmt dies alles zur Kenntnis und unterstützt die

Politik, die nach innen eine erfolgreiche Wirtschafts-, Umwelt-, Energie- und Sozialpolitik macht und es gleichzeitig schafft, von den internationalen Partnern als fair und vertrauenswürdig beurteilt zu werden. Dieses Nationen übergreifende Vertrauenskapital wird immer wichtiger.

Für die Europäer kommt eine weitere patriotische Komponente dazu: Je staatsähnlicher die Erwartungen an die Europäische Union werden und je bedeutender die Entscheidungen der EU ausfallen, desto dringender stellt sich die Frage nach einem die nationale Ebene ergänzenden europäischen Patriotismus. Auch das Projekt Europa hat emotionelle Zuwendung verdient. ■

MEHR ALS NUR EINE WERBEAGENTUR!



☎ (0231) 2265789
 📠 (0231) 2265788
 ✉ info@k6-medien.de



Grafikdesign | Webdesign | Softwarelösungen | Business View | IT-Solution

www.k6-medien.de



Exklusiv für BDS und BVMU Mitglieder:

Sondertarife für Strom und Erdgas

Stichwort: **BDS_BVMU Sondertarif**

Wer...

Die DeESA GmbH ist ein Zusammenschluss aus regionalen, mittelständischen Energielieferanten, die zusammen mehr als 25.000 Haushalte und Gewerbetreibende in Deutschland mit Strom und Gas versorgen. Ihr Anbieter ist ein mittelständischer, langjährig bestehender Energielieferant aus Ihrer Region, welcher sich vom Mineralölhändler zum Energielieferanten auch für Strom und Gas weiterentwickelt hat.

Was...

Günstige Strom und Erdgastarife mit Preisgarantie, auf Wunsch auch gerne mit Ökozertifikat.

Wie...

Fordern Sie ihr unverbindliches Angebot ganz einfach per Telefon unter der Nummer 0981/9776110, oder per Email BDS_BVMU@deesa.de mit dem Stichwort **BDS_BVMU Sondertarif** an. Für die Berechnung benötigen wir lediglich Ihren Namen, die Adresse und Ihren letzten Jahresverbrauch.

Stärken Sie den regionalen Energiemarkt und profitieren von den Vorteilen.

VORTEILE

- ✓ Exklusive Tarife mit Preisgarantie
- ✓ Langjährige Erfahrung im Energiesektor
- ✓ Garantiert durchgängige Belieferung
- ✓ Kostenloser Wechselservice
- ✓ Transparente Tarifgestaltung
- ✓ Ökozertifizierung möglich

KONTAKT

DeESA GmbH
Rudolf-Diesel-Str. 1
91522 Ansbach
Telefon: +49 / (0)981 / 977 611 -0
E-Mail: info@deesa.de
Internet: www.deesa.de



Shell Markenpartner



Fotos: Bettina Ausserhofer

Ziel: Zweitstärkste Kraft in Europa

Marco Buschmann will verkrustete Strukturen der „GroKo Brüssel“ aufbrechen

Marco Buschmann gehört seit vielen Jahren zu den engsten Vertrauten des FDP-Bundes- und Fraktionsvorsitzenden Christian Lindner. Als Bundesgeschäftsführer seiner Partei (Juni 2014 bis September 2017) übernahm er auf Lindners Wunsch eine führende Funktion bei der strategischen und politischen Neuausrichtung der Liberalen.

Zuvor war Buschmann Mitglied des Deutschen Bundestages (2009 bis 2013) und innerhalb der damaligen FDP-Fraktion Vorsitzender der Arbeitsgruppe Recht sowie Experte für Verfassungs- und Wirtschaftsrecht.

Mit dem Wiedereinzug der FDP in den 19. Deutschen Bundestag (2017) wurde der gebürtige Gelsenkirchener über Platz 4 der Landesliste Nordrhein-Westfalen erneut in den Berliner Reichstag entsandt. Seit Oktober 2017 ist Marco Buschmann Erster Parlamentarischer Geschäftsführer und damit einer der einflussreichsten Köpfe innerhalb der FDP-Bundestagsfraktion.

Der studierte Jurist promovierte im Jahr 2016 zum Dr. jur. mit der Dissertation „EuGH und Eigentumsgarantie“. Die Arbeit wurde mit „summa cum laude“ bewertet.

Als überzeugter und bekennender Europäer setzt sich der FDP-Spitzenpolitiker für einen „umfassenden Liberalismus“ innerhalb der Europäischen Union ein. Sein Engagement gilt dabei vor allem dem Schutz der individuellen Bürgerrechte und dem Kampf gegen bürokratische Verwerfungen.

Über diese Politikbereiche und über die anstehende Wahl zum Europaparlament sprach Marco Buschmann mit Hans-Peter Murmann.

? Wie wir in einem Hintergrundgespräch erfahren haben, gehen maßgebende Leute der Union im Konrad-Adenauer-Haus davon aus, dass bei der Europawahl die Links- bzw. Rechtsparteien enorm an Zuspruch gewinnen werden. Teilen Sie diese Befürchtung?

Marco Buschmann: Die Spatzen pfeifen es leider bereits von den Dächern, dass wir in vielen Ländern mit starken Zugewinnen für die Links- und Rechtspopulisten rechnen müssen. Aber diese Entwicklung betrifft nicht nur die Wahl zum Europäischen Parlament. Ich darf unter anderem auf die Wahlerfolge von Matteo Salvini in Italien verweisen.

? Weiterhin werden – wie wir gehört haben – im Konrad-Adenauer-Haus Überlegungen angestellt, ob es bei einem Erstarren des linken und rechten Randes nicht zu einer sogenannten „Achse der Vernunft“ kommen sollte. Gedacht ist hierbei an eine Koali-

tion von Sozialisten, Konservativen und Liberalen. Wäre eine solche Konstellation auch für die FDP die Ultima Ratio – also der letzte Lösungsweg?

Marco Buschmann: Wir benötigen echte Gestaltungsmehrheiten und nicht nur Mehrheiten des kleinsten gemeinsamen Nenners. Denn sie bergen die Gefahr, dass die politischen Ränder noch verstärkt werden. Unser Ziel ist daher, dass die Liberalen im Europäischen Parlament zweitstärkste Kraft werden. Wir wollen die Sozialisten von Platz zwei verdrängen und so dazu beitragen, dass es klare Mehrheiten gibt und so auch klare Gestaltungsentscheidungen getroffen werden können.

? Die FDP setzt für die Europawahl auf ein Parteienbündnis mit Emmanuel Macron. Nun ist Macron durch die Gelbwesten im eigenen Land in Bedrängnis geraten. Hat Ihre Partei jetzt auch ein Problem?

„Wir benötigen echte Gestaltungsmehrheiten und nicht nur Mehrheiten des kleinsten gemeinsamen Nenners.“

Marco Buschmann: Wir streben ein Bündnis mit „En Marche“ und den ALDE-Parteien an, mit dem wir im Europaparlament – wie schon gesagt – zweitstärkste Kraft werden wollen. Das heißt aber nicht, dass wir bei allen Detailthemen einer Meinung sind. Lassen Sie mich aber eins deutlich machen: Trotz aller innenpolitischen Widerstände hat Emmanuel Macron im Vergleich zu anderen französischen Präsidenten mutige Reformschritte eingeleitet. Diesen Mut respektieren nicht nur die Mandatsträger meiner Partei, sondern – so glaube ich – auch viele Menschen in Deutschland.

? Was will die FDP in das Bündnis einbringen? Was haben Sie Macron anzubieten?

Marco Buschmann: Auf sich allein gestellt kann „En Marche“ im Europaparlament nichts bewegen. Wir bieten „En Marche“ die Möglichkeit, Teil einer europäischen Parteienfamilie zu werden. ▶



Gemeinsam könnten wir die verkrustete Brüsseler GroKo aufbrechen und beherzt an einem europaweiten digitalen Binnenmarkt arbeiten, wirtschaftliche Dynamik entfalten, eine europaweite Grundrechteordnung entwickeln und eine europäische Klimapolitik auf den Weg bringen.

„Spätestens nach dem Ausscheiden des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union wächst uns eine besondere Verantwortung zu“, so Christian Lindner in seiner Rede auf dem 69. FDP-Bundesparteitag. In welchen Bereichen soll Deutschland nach Ihrer Auffassung besondere Verantwortung übernehmen?

Marco Buschmann: Deutschland muss sich noch viel stärker, als in der Vergangenheit geschehen, für Marktwirtschaft und finanzielle Solidität in Europa einsetzen. Traditionell war Großbritannien immer ein starker Fürsprecher für marktwirtschaftliche Lösungen und für einen sorgsamsten Umgang mit dem Geld der europäischen Steuerzahler. Insofern ist es aus deutscher Sicht ein herber Ver-

„Es wäre klug, wenn wir uns innerhalb Europas auch militärisch zusammenschließen, um so auch ein ernstzunehmender Faktor in der neuen Weltordnung zu sein.“

lust, wenn Großbritannien aus der EU ausscheidet. Deshalb müssen wir den Schulterchluss mit anderen Ländern suchen, damit Marktwirtschaft und finanzielle Vernunft nicht unter die Räder geraten. Ich denke hier an die skandinavischen Staaten, aber auch an die Niederlande.

Wie steht die FDP zu einer europäischen Armee, wie es die Kanzlerin und der französische Präsident vorschlagen?

Marco Buschmann: Die FDP gehört seit vielen Jahren zu den Befürwortern einer europäischen Armee. Zwei Gründe: Zum einen käme es zu einer spürbaren Entlastung der Steuerzahler, wenn zum Beispiel die Waffensysteme harmonisiert werden könnten. Zum anderen wäre eine abgestimmte europäische Verteidigungspolitik mit einer europäischen Armee auch weltpolitisch vernünftig. Wir stellen fest, dass die USA sowie China und Russland dabei sind, eine neue Weltordnung zu schaffen. Dabei setzen diese drei Supermächte sowohl auf wirtschaftliche Stärke

als auch auf militärische Dominanz. Dagegen ist Deutschland – militärisch gesehen – ein Nichts. Deshalb wäre es klug, wenn wir uns innerhalb Europas auch militärisch zusammenschließen, um so auch ein ernstzunehmender Faktor in der neuen Weltordnung zu sein. Nicht, um die europäische Armee häufig einzusetzen, sondern um im Idealfall durch ihre Effektivität und ihre Existenz dafür zu sorgen, dass sie möglichst wenig zum Einsatz kommt.

Seit geraumer Zeit ist von einer europäischen Arbeitslosenversicherung die Rede. Sogar innerhalb der Union gab es durchaus Wohlwollen für diesen Plan. Wie beurteilt die FDP dieses Vorhaben, was ja darauf hinausläuft, dass deutsche Arbeitnehmer und Arbeitgeber künftig für eine verfehlte Wirtschaftspolitik, zum Beispiel der Südländer, zur Kasse gebeten werden?

Marco Buschmann: Wir warnen vor solchen Gedankenspielen und halten eine europäische Arbeitslosenversicherung schon aus volkswirtschaftlichen Gründen

für grundfalsch. Aufgrund des Wohlstandsgefälles wird für einige Staaten eine europäische Arbeitslosenversicherung mit gleichen Standards unbezahlbar sein. Staaten wie Deutschland müssten im Gegenzug ihre Sozialstandards senken. Außerdem besteht die Gefahr, dass über den Weg einer europäischen Arbeitslosenversicherung weitere Finanzschleusen geöffnet werden, um deutsches Steuergeld umzuverteilen. Das lehnen wir ab.

? Es wird vielfach mehr Subsidiarität in der EU gefordert. Welche Bereiche sind Ihrer Meinung nach hier anzusprechen?

Marco Buschmann: Ein klassisches Beispiel ist der Tourismus. Es hat sich mir nie erschlossen, warum sich Europa für den Tourismus in den einzelnen Mitgliedsländern interessiert. Tourismus lebt davon, dass eine Region vermarktet wird und dass man die Besonderheiten von Regionen herausstellt. Das kann man auf nationaler Ebene und in Deutschland sogar auf Ebene der Bundesländer viel besser machen, als auf europäischer Ebene. Derartige Beispiele ließen sich beliebig fortsetzen.

? Was muss sich Ihrer Meinung nach grundsätzlich ändern, damit der Gedanke Europa wieder mehr Zustimmung in der Bevölkerung erfährt? Das Verbot von Glühbirnen oder der Energieverbrauch eines Staubsaugers kann es ja nicht sein...

Marco Buschmann: Es ist in der Tat so, dass das Ansehen Europas in der Bevölkerung darunter leidet,



Mit Marco
Buschmann
sprach
Hans-Peter
Murmman

dass sich die Kommission in vielen Fällen in Kleinkram einmischt und die überlebensnotwendigen großen Fragen nicht deutlich genug beantwortet. Ich erwähnte schon, dass die Supermächte USA, China und Russland gerade dabei sind, eine neue Weltordnung zu bauen. Wenn wir Europäer in dieser neuen Weltordnung noch Gewicht haben wollen, müssen wir unsere Interessen gemeinsam und deutlich wahrnehmen. Das heißt, wir müssen zu einer gemeinsamen europäischen Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftsbeziehungsweise Handelspolitik kommen. Nur dann können wir als Europäer mit einem Binnenmarkt von 400 Millionen Menschen, mit einer europäischen Armee und mit einer gut abgestimmten Außenpolitik in dieser

neu entstehenden Weltordnung Einfluss ausüben.

? Gehört zur Reform der EU nicht auch ein Abspecken der Kommissare? 15 an der Zahl statt 28 täten es doch auch, um Entscheidungswege zu verkürzen.

Marco Buschmann: Die FDP setzt sich seit vielen Jahren dafür ein, die Zahl der EU-Kommissare zu senken. Die alte Regel, dass jedes Land einen Kommissar haben soll, stammt aus einer Zeit, als die EU nur wenige Mitgliedsstaaten hatte. Ich halte es für absurd, dass man inzwischen Zuständigkeitsbereiche erfinden muss, nur um genügend Aufgaben für die Kommissare zu haben. Kurzum: 18 Kommissare sind ausreichend. ■

IMPRESSUM

Der Selbständige

ISSN 0946-3224
Offizielles Organ des Bundesverbandes der Selbständigen/Deutscher Gewerbeverband
Hrsgs: Bundesverband der Selbständigen – Reinhardtstrasse 35, 10117 Berlin
Telefon (030) 280491-0/Fax -11
Redaktion: Joachim Schäfer (verantwortlich), Thomas Brüggemann, Anita Schäfer
Layout & © Titel: Joachim Schäfer

Fotos: J. Schäfer, Rita Seiler, Dennis Read, Janina Schäfer, Bettina Ausserhofer
Erscheinungsweise: 10 x jährlich
Gerichtsstand und Erfüllungsort: Berlin
Bezugsbedingungen:
Die Zustellung des E-Papers ist durch den Mitgliedsbeitrag zum BDS abgegolten. Bei Nichterscheinen des E-Papers infolge höherer Gewalt bestehen keine Ersatzansprüche.
© by: Bundesverband der Selbständigen

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte, Vorlagen und Zeichnungen übernehmen wir keine Gewähr.

Die Urheberrechte an Annoncen (bei eigener Gestaltung), Entwürfen, Fotos und Vorlagen sowie der gesamten grafischen Gestaltung bleiben Bundesverband der Selbständigen und dürfen nur mit ausdrücklicher, schriftlicher Genehmigung weiterverwendet werden.

Briefe und Manuskripte an:
Bundesverband der Selbständigen –
Reinhardtstrasse 35, 10117 Berlin
Telefon (030) 280491-0/Fax -11
Internet: www.bds-dgv.de
E-Mail: info@bds-nrw.de

Hinweis: In allen Fällen, in denen die neue Rechtschreibung mehrere Schreibweisen zulässt, wird die von der Dudenredaktion empfohlene Schreibung angewandt.

Schluss mit dem Gender-Unfug!

Zum Aufruf

Protest gegen „Gender-Gaga“

Professor Walter Krämer warnt vor zerstörerischen Eingriffen in die deutsche Sprache – BDS und BVMU unterstützen VDS-Aufruf

Mit einem spektakulären Aufruf, der zudem die Grundlage für eine offizielle Petition bietet, hat der Verein Deutsche Sprache (VDS) „Schluss mit dem Gender-Unfug!“ gefordert und damit die Methoden für eine geschlechtergerechte Sprache aufs Korn genommen.

Die Initiative des VDS schlug ein wie eine Bombe. Innerhalb kürzester Zeit unterzeichneten über 40.000 User den Aufruf. Zu den Unterstützern gehören prominente Schriftsteller, Journalisten und Wissenschaftler. Als Erstunterzeichner konnte der VDS die Bühnen-Preisträgerin Sibylle Lewitscharoff, die Schriftstellerin Cora Stephan, die Lyriker Reiner Kunze und Sabine Schöck, den TV-Moderator Peter Hahne, den langjährigen *BILD*-Chefredakteur Kai Diekmann, die Kabarettisten Dieter Nuhr und Dieter Hallervorden sowie den Ex-Verfassungsschutzpräsidenten Hans-Georg Maaßen gewinnen. Auch der BDS und die BVMU unterstützen als VDS-Mitglieder die Unterschriftenaktion.

In einem von der Schriftstellerin Monika Maron und dem „Sprachpapst“ Wolf Schneider verfassten Text werden in dem Aufruf unter anderem „lächerliche Sprachgebilde“ und der „Gender-Stern“ aufs Korn genommen.

Der VDS-Vorsitzende Walter Krämer und der langjährige Präsident des Lehrverbandes Josef Kraus begründen ihren Widerstand gegen die sogenannte gendergerech-

te Sprache mit dem „Generalirrtum“, vom natürlichen auf das grammatische Geschlecht zu schließen, weil beispielsweise „die Giraffe“ sowohl männlich als auch weiblich sein kann.

In einer separaten Begründung warnt die AG Gendersprache im VDS: „Nach über 20 Jahren Geschlechter-Gleichstellung (Gender Mainstreaming) werden die Vorstöße der Gender-Lobby immer dreister ... Die Gender-Ideologie ist auf dem Vormarsch zur Staatsdoktrin. Fundamentalistische Feministinnen und Queer-Theoretiker haben den Diskurs gekapert und erweisen mit ihrer Impertinenz dem Kampf um die Rechte von Frauen und Minderheiten einen Bärendienst ... Lehrpläne von Schulen und Universitäten werden „gendergerecht“, Schüler und Studenten werden unrechtmäßig zum Gendern gezwungen, Verlage gendern Neuauflagen von literarischen Klassikern. Öffentlich finanzierte Leitfäden beten uns vor, wie wir schreiben, sprechen und denken sollen. Orwells ‚1984 mit seinem ‚Neusprech‘ lässt grüßen.“

Dass Walter Krämers Initiative im linksliberalen Spektrum auf massiven Widerstand stößt, war vorhersehbar. Vor allem jene Gruppen und Organisationen, die hinter der politischen Strategie des „Gender Mainstreaming“ stehen und die für sich in Anspruch nehmen, den Deutschen eine sprachliche Gender-Reform zu verordnen, versuchen mit „Totschlagargumenten“ der Krämer-Initiative zu begegnen.

Für den Linguistik-Professor Anatol Stefanowitsch von der Freien Universität Berlin führt der Aufruf „mit Vollgas zurück in die Vergangenheit“. Und weiter: „Der Verein Deutsche Sprache zeigt immer mehr ein reaktionäres Weltbild und sucht Anschluss an rechtspopulistische Diskussionen.“ Er vertrete „deutschlandzentrierte reaktionäre Kulturvorstellungen“.

In der *Süddeutschen Zeitung* wurde kommentiert, dass sich die Initiatoren des Aufrufs in eine „trübe Gesellschaft“ und damit „in den Dunstkreis der AfD“ begeben haben. Namentlich genannt sind unter anderem der „dubiose Fernsehprediger Peter Hahne“ und der „wegen Verschwörungstheorien in Ruhestand versetzte frühere Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen“.

Getoptet allerdings hat das Ganze die *taz* mit ihrem Chef vom Dienst Daniel Kretschmer. Er wünscht den Erstunterzeichnern des Aufrufs, sie mögen „in ihren eigenen Ausscheidungen ... ertrinken“.

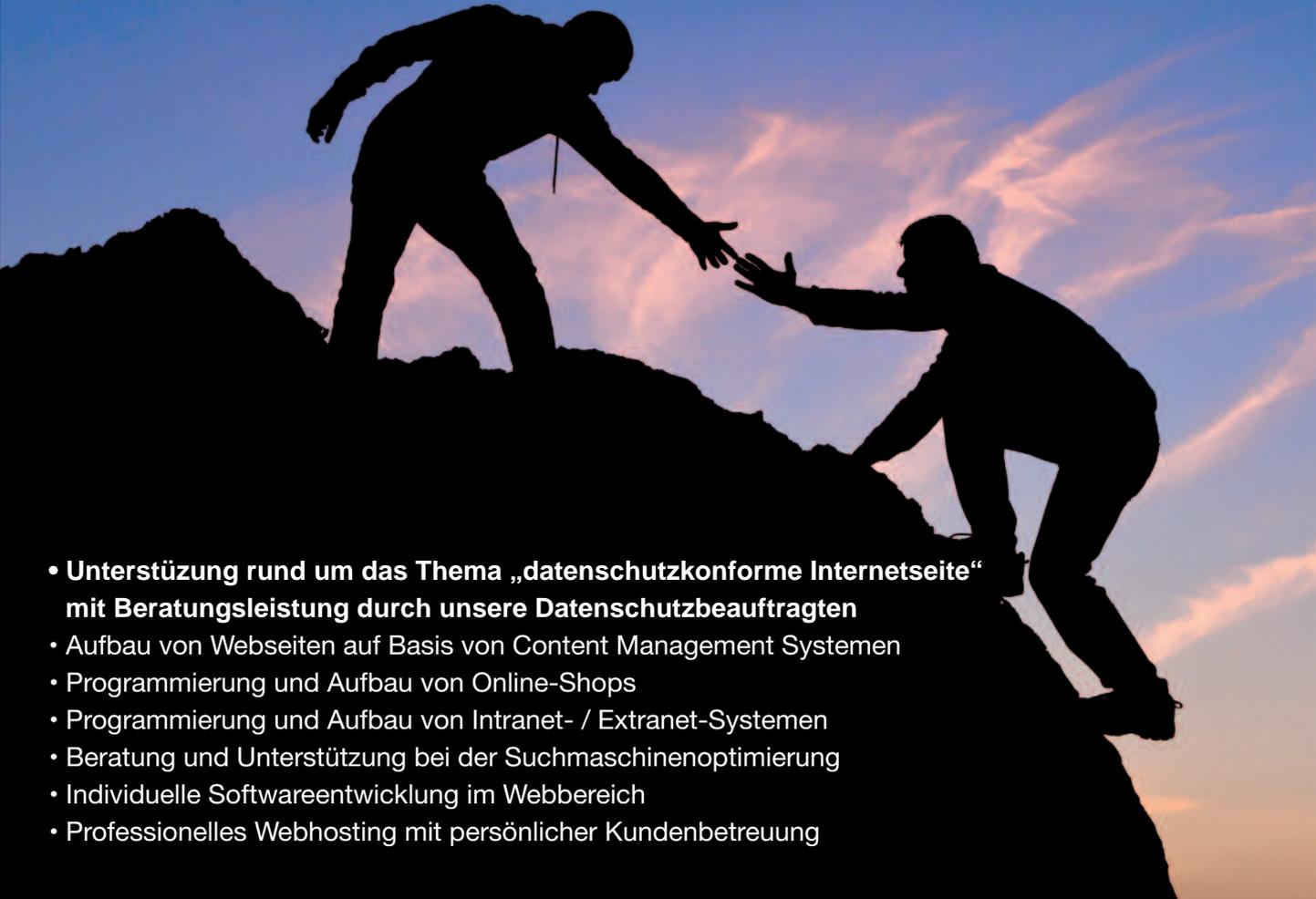
Dagegen haben zahlreiche Printmedien – national und international – objektiv über die VDS-Initiative berichtet: *BILD*, *FAZ*, in Österreich *Der Standard*, die *Neue Zürcher Zeitung* und die *New York Times* brachten ausführliche Berichte und zum Teil ganze Seiten an Leserbriefen.

Kurzum: Offensichtlich trifft die Aufforderung des VDS, sich gegen den Gender-Unfug zur Wehr zu setzen, auf großen Widerhall in der Bevölkerung. ■

Interview Seite 14

Ihr Partner für datenschutzkonforme Internetseiten

kostenloser
DSGVO
Websitecheck

- 
- Unterstützung rund um das Thema „datenschutzkonforme Internetseite“ mit Beratungsleistung durch unsere Datenschutzbeauftragten
 - Aufbau von Webseiten auf Basis von Content Management Systemen
 - Programmierung und Aufbau von Online-Shops
 - Programmierung und Aufbau von Intranet- / Extranet-Systemen
 - Beratung und Unterstützung bei der Suchmaschinenoptimierung
 - Individuelle Softwareentwicklung im Webbereich
 - Professionelles Webhosting mit persönlicher Kundenbetreuung

Fordern Sie als BDS Mitglied jetzt Ihren kostenlosen
DSGVO Websitecheck an unter: www.cokuna.com/dsgvo
oder telefonisch unter **+49 (0) 800 72 38 318**

cokuna
www.cokuna.com



„Diese Dummschwätzer entlarven sich selbst“

Walter Krämer hält Aufruf-Kritiker für „wissenschaftliche 40-Watt-Leuchten“

Walter Krämer ist Professor für Wirtschaft- und Sozialstatistik (inzwischen emeritiert) an der Technischen Universität Dortmund. Einer breiten Öffentlichkeit wurde er durch populärwissenschaftliche Literatur bekannt. Unter anderem schrieb er die Bestseller „So lügt man mit Statistik“, „Wer leben will, muss zahlen“, „Wir kurieren uns zu Tode. Die Zukunft der modernen Medizin“ und „Das Lexikon der populären Irrtümer“. Sein neuestes Werk, das er gemeinsam mit dem bekannten Pädagogen Josef Kraus herausgegeben hat, trägt den Titel „Sternstunden – Große Texte deutscher Sprache“.

Krämer gilt als bekennender Liberaler und ist

seit 1969 Mitglied der FDP. Gleichwohl ging er im Jahr 2012 auf Gegenkurs zu seiner Partei, indem er in einem öffentlichen Appell der von mehr als 270 Hochschullehrern unterzeichnet wurde, die Euro-Rettungspolitik der Bundesregierung für verfehlt erklärte.

1997 gründete Walter Krämer den Verein Deutsche Sprache, als dessen Vorsitzender er sich besonders gegen die Verwendung von „Denglisch“ und „Gender-Sprech“ einsetzt. Über seinen neuesten Coup, einen Aufruf gegen das „Gender-Gaga“ und die damit verbundenen zerstörerischen Eingriffe in die deutsche Sprache zu starten, sprach Walter Krämer mit Joachim Schäfer.

? Nennen Sie ein Beispiel für den Ihrer Meinung nach zerstörerischen Eingriff in die deutsche Sprache.

Walter Krämer: Wörter und Begriffe, die nicht vorlesbar sind, sind zerstörerische Eingriffe in die deutsche Sprache. Beginnen wir beim sogenannten Gender-Stern. Diesen Stern kann man nicht vorlesen. Er zerstört den Zusammenhang zwischen lesen und sprechen, der ja ganz wesentlich ist für das Verständnis der Sprache. Oder nehmen Sie den Vorschlag der Gender-Industrie, die Geschlechtergerechtigkeit dadurch herbeizuführen, dass man aus dem Radfahrer einen Radfahrenden macht. Auch der Laie erkennt, dass diese Wortakrobatik völlig unlogisch ist. Der Radfahrende fährt gerade mit dem Fahrrad, ein Radfahrer muss nicht gerade auf dem Drahtesel sitzen, sondern kann – zum Beispiel – auch einen Kaffee trinken.

? Der *Münchner Merkur* bezieht sich auf namentlich nicht genannte Sprachwissenschaftler, die Ihre Organisation als „ein Musterbeispiel für einen intoleranten, unaufgeklärten Sprachpurismus“ mit „immer wiederkehrenden nationalistischen Tendenzen“ bezeichnen. Das ist starker Tobak ...

Walter Krämer: Diese sogenannten „Sprachwissenschaftler“ haben doch keine Ahnung. Eine dieser wissenschaftlichen „40-Watt-Leuchten“, ein gewisser Anatol Stefanowitsch von der Freien Universität Berlin mit offensichtlicher Leseschwäche, beschimpft die 100 Erstunterzeichner des Aufrufs als alte weiße Männer. Auf Platz 1 unserer Liste steht ein sehr schwarzer Prinz aus Äthiopien, ein Verwandter des letzten Kaisers. Es folgen haufenweise junge Frauen. Und dann gleich drei Diskriminierungen auf einmal: gegen das Alter, die Rasse und das Geschlecht. Für wie blöd hält Stefanowitsch seine Leser eigentlich?

? Geht es beim „Gender-Sternchen“ wirklich nur um die Weiterentwicklung der deutschen Sprache oder steckt vielmehr hinter den gegenderten Worten eine politische Philosophie?

Walter Krämer: Eindeutig wollen die Gender-Verfechter die Gesellschaft verändern. Man muss doch nur hinschauen, aus welchem politischen Lager diese Herrschaften kommen. Es sind dieselben Leute, die gegen das traditionelle Familienbild zu Feld

ziehen, die Patrioten als Nazis verunglimpfen und die jeden, der sich kritisch über die Asyl- und Einwanderungspolitik äußert, als Rassist und Ausländerfeind beschimpfen.

? Johan Schloemann von der *Süddeutschen Zeitung* meint, Kritik an der Gender-Sprache könnte der AfD helfen und sei deshalb abzulehnen. Was entgegnen Sie Johan Schloemann?

Walter Krämer: Dass er sich sein Schulgeld zurückerstatten lassen soll. Weiß er, dass Hitler Nichtraucher und Vegetarier war? Nach Schloemann rücken sich Nichtraucher und Vegetarier damit selbst in die Nähe der Nazis. Übrigens waren die Nazis auch Vorreiter bei der Prävention im Gesundheitswesen und bei vielen anderen Themen, die unseren modernen Roten und Grünen lieb und teuer sind.

? Immer mehr Institutionen schmuggeln die Gender-Sternchen in ihre Schriftstücke. Die SPD-regierte Stadt Hannover hat vor kurzem per Verwaltungsakt angeordnet, die „geschlechtergerechte Sprache“ einzuführen. Andere Städte sind bereits dem Beispiel aus Hannover gefolgt. Glauben Sie, dass Sie mit Ihrem Aufruf dieser Entwicklung noch etwas entgegensetzen können?

Walter Krämer: Ich glaube schon. Der überwältigende Zuspruch aus allen Bevölkerungskreisen, besonders auch von bekannten Schriftstellern, Journalisten und Wissenschaftlern, wird mit Sicherheit auch den politischen Mandatsträgern nicht entgehen. Und die werden bis auf weiteres bei

uns ja noch gewählt. Insofern gehe ich davon aus, dass unser Aufruf auch bald seinen Niederschlag in der Politik finden wird.

? Haben denn führende Politiker Ihre Petition bereits unterstützt?

Walter Krämer: Bisher nur ehemalige Minister, etwa Walter Hirche von der FDP und der CSU-Politiker Thomas Goppel. Die zurzeit amtierenden Politiker haben wahrscheinlich Angst vor ihrer eigenen Courage. Sie möchten es sich wahrscheinlich mit der *Süddeutschen Zeitung* und dem *Spiegel* nicht verderben.

? Inzwischen gibt es in Deutschland mehr als 200 Lehrstühle für „Gender-Studies“, ferner ein Heer an Gleichstellungsbeauftragten in Behörden und Universitäten sowie hunderte Vereine der Frauenbewegung, die schon allein um ihre Einkommensquellen aus Steuermitteln kämpfen werden. Glauben Sie, dass diese mächtige Gender-Lobby noch zu stoppen ist?

Walter Krämer: Und ob. Diese Dummschwätzer entlarven sich doch selbst. Siehe Schloemann und Stefanowitsch. Diesen wenigen hundert Gesinnungspolizisten stehen Millionen Menschen gegenüber, die inzwischen offen unsere Auffassung teilen, auch wenn die Gesinnungspolizei zusieht. So hat etwa das *ZDF* eher kritisch über unsere Aktion berichtet, wie im öffentlich-rechtlichen Gesinnungsrundfunk auch nicht anders zu erwarten. Aber bei einer nachfolgenden Online-Umfrage unter den Zuschauern waren trotzdem über 80 Prozent auf unserer Seite. ■



Mit Walter Krämer sprach Joachim Schäfer

Rückblick, Ausblick, Perspektiven

Sylvia Pantels Bericht aus Berlin

Im Zusammenhang mit der aktuellen Diskussion um Grenzwerte und Dieselsverbote waren heute etwa 80 Gäste, darunter neben Bundestagsabgeordneten der Union auch Verkehrsexperten und Fachleute aus Wirtschaft und Verbänden, der Einladung des Berliner Kreises in der Union gefolgt, um im Deutschen Bundestag der Frage auf den Grund zu gehen, inwieweit ein Ausstieg aus dem Diesel zur Luftreinhaltung und damit zum Umweltschutz beitragen könnte.

Wäre ein Ausstieg aus dem Diesel wirklich umweltfreundlich?

In meiner Einleitung, in der ich deutlich gemacht habe, dass das E-Auto zurzeit keine umweltfreundliche Alternative zum Diesel sei, folgten die Redebeiträge der drei geladenen Experten.

Prof. Dr. Alexander Kekulé, Facharzt für Mikrobiologie, Virologie und Infektions-epidemiologie und Facharzt für Laboratoriumsmedizin, stellte heraus, dass keine wissenschaftliche Fundierung der Grenzwerte vorliege. Ebenso würden Beweise fehlen, die eine toxische Wirkung der in Deutschland gemessenen Werte (40-70 Mikrogramm NO₂) von Schadstoffen nahelegten.

Prof. Dr.- Ing. Matthias Klingner, Verkehrsexperte des Fraunhofer-Institutes in Dresden, wies daraufhin, dass der Diesel-PKW nicht für die Höhe der Messwerte verantwortlich sei. Der Einfluss auf die Feinstaubbelastung sei minimal, diese variere stark aufgrund von schwankenden Wetterbedingungen. Zudem würden oftmals falsche Messgrößen die Sinnhaftigkeit von Umweltzonen stark anzweifeln.

Prof. Dr.- Ing. Ralph Pütz, führender Wissenschaftler im Bereich der Fahrzeugtechnik, betonte, dass eine konsequente Anwendung moderner und bereits verfügbarer Technologien die in den letzten Jahrzehnten ohnehin stark abgenommenen Schadstoffwerte weiter senken könnte. Da der Energiebedarf künftig noch immens steigen wird,



Sylvia Pantel (CDU) ist direkt gewählte Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Düsseldorf-Süd

riet er dazu, regenerative Energie nutzbar mit der bestehenden Infrastruktur und Technik zu verbinden. Die Wasserstoff-Technologie beispielsweise könne über die bestehende Infrastruktur versorgt werden. Auf Anteile nicht erneuerbarer Energie könne aufgrund des steigenden Bedarfs realistisch kaum verzichtet werden. Die heutige eindimensionale Betrachtung der lokalen und globalen Emissionen ausschließlich auf den Fahrbetrieb zu beziehen, führe zu völlig falschen Schlüssen. Prof. Pütz vermisste ein „Systemdenken“, das konsequent die Energie-Erzeugung, Energieverteilung und die Betankung neben der Fahrzeugproduktion und dem Fahrbetrieb berücksichtigt. Er warb für einen sinnvollen Energiemix. Die Politik müsse dringend zur Technologieneutralität mit Wirkungsschriften zurückfinden.

Die Veranstaltung unterstrich die Position, dass die Richtung, die Deutschland eingeschlagen hat, um die Luftqualität zu verbessern und den Klimaschutz zu erhöhen, nicht den gewünschten Erfolg bringen wird und dass durch die Einseitigkeit weder das

Ziel erreicht noch die richtigen Maßnahmen ergriffen wurden. Derzeit ist nur sicher, dass dieser unflexible Weg unserer Wirtschaft schadet, ohne einen nennenswerten Beitrag zur Klimaverbesserung, Luftreinhaltung und damit einer sauberen Umwelt zu leisten. Die Berichterstattung zu gesundheitsschädlichen Grenzwerten und zum umweltfreundlichen Autofahren scheint zu einer Art Glaubensfrage zu werden, die wissenschaftliche Fakten unberücksichtigt lässt. Aber wenn wir die Umwelt wirklich schützen wollen – es geht dabei im besten Sinne um die Bewahrung der Schöpfung – müssen die Fake-News zur Dieselskrise aufgedeckt werden.

Dieselfahrverbot: Städte dürfen Kfz-Kennzeichen elektronisch erfassen

Der Gesetzesentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes ermöglicht es Kommunen, flächendeckend und automatisiert Kfz-Kennzeichen zu erfassen und zu überprüfen und so Kfz-Halter hinsichtlich möglicher Verstöße gegen ergangene Verkehrsbeschränkungen und Verkehrsverbote zu sanktionieren. Neben der manuellen Kontrolle ist nun also auch eine elektronische Kennzeichenerfassung möglich. Erfasst werden dabei neben dem Kennzeichen, auch das Bild des Fahrzeugs, sowie der genaue Ort und die genaue Zeit der Teilnahme am Straßenverkehr.

Ich habe gegen diesen Gesetzesentwurf gestimmt. Ungeachtet der Frage, nach welchen in meinen Augen zweifelhaften Kriterien die Grenzwerte für Abgase festgelegt wurden und wie die dazu eingeführten Messverfahren ausgestaltet sind, halte ich den Grundrechtseingriff in die informationelle Selbstbestimmung von Kfz-Haltern in keinem Verhältnis zum Nutzen der Erfassung von „Dieselsündern“ stehend.

Dieselfahrer werden unter Generalverdacht gestellt, selbst bei schweren Straftaten gibt es – teilweise unverhältnismäßig – hohe datenschutzrechtliche Hürden bei der Ermittlungsarbeit. Diesem Missverhältnis beim Datenschutzzeingriff kann ich nicht zustimmen. ■

Hier fängt Ihr Urlaub an!

Erleben Sie einen unvergesslichen Urlaub in einer unserer Ferienwohnungen oder Ferienhäuser in Norden - Norddeich. Unsere Objekte sind insgesamt sehr zentral gelegen und nur wenige Minuten vom Strand und dem Deich entfernt.

Wir sind überzeugt, dass unsere hochwertigen Ferienhäuser & Ferienwohnungen auf Ihr Interesse stoßen und Ihre Zustimmung finden werden. Hier finden Sie auch Informationen rund um die Küstenregion Ostfriesland und um die Stadt Norden sowie über das Nordseeheilbad Norddeich direkt an der Nordseeküste.

Für einen gelungenen Urlaub ist aber nicht nur der Urlaubsort ausschlaggebend, sondern vor allem das Ferienhaus oder die Ferienwohnung.

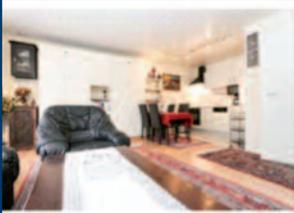
Wir bieten als etablierte und kompetente Vermietagentur Wohlfühlquartiere - und das im besten Sinne des Wortes.

Um diesem hohen Anspruch gerecht zu werden, sind unsere Ferienimmobilien in zentraler und dennoch ruhiger Lage angesiedelt und verfügen über eine überdurchschnittliche komfortable Ausstattung. Das Meer, der Hafengebiete, der Strand sowie das Zentrum von Norddeich sind bei fast allen Objekten bequem fußläufig erreichbar.



Raluca und Christian Kuhlmann

Unser Portfolio umfasst über 100 Ferienobjekte. Hier eine kleine Auswahl:

	<p>max. 2 Pers. , 1 Schlafz. 4 Sterne ab 54,00 EUR / Nacht</p>	<p>Ferienwohnung Anita I Erdgeschoss DTV Zertifiziertes Objekt mit 4 Sternen</p> <p>☎ ☂ P 📺 🚿 🍷 @</p>
	<p>max. 2 Pers. , 1 Schlafz. 4 Sterne ab 48,00 EUR / Nacht</p>	<p>Ferienwohnung Anita II Obergeschoss DTV Zertifiziertes Objekt mit 4 Sternen</p> <p>☂ P 📺 🚿 🍷 @</p>
	<p>max. 4 Pers. , 2 Schlafz. 5 Sterne ab 60,00 EUR / Nacht</p>	<p>Ferienwohnung Anita III Erdgeschoss DTV Zertifiziertes Objekt mit 5 Sternen,</p> <p>🚫 ☂ ☂ P 📺 🚿 🍷 @</p>
	<p>max. 4 Pers. , 2 Schlafz. 5 Sterne ab 60,00 EUR / Nacht</p>	<p>Ferienwohnung Anita IV Erdgeschoss DTV Zertifiziertes Objekt mit 5 Sternen</p> <p>🚫 ☂ 📺 🚿 🍷 @</p>

Alle Objekte unter www.vermietung-norddeich.de

Unser Kontaktdaten

Christian Kuhlmann
Am Markt 2, 26506 Norden
Telefon: 04931 - 8 20 40 75, Telefax: 04931 - 8 20 40 78
Mobil: 0152/54 08 24 41, E-Mail: info@vermietung-norddeich.de

Unsere Bürozeiten

Montags bis Freitags 9:30 Uhr - 13:00 Uhr
Montags bis Freitags 15:00 Uhr bis 17:00 Uhr
Samstag und Sonntags nur bedingt erreichbar
(An- & Abreisen)

Tipps für die tägliche Betriebspraxis

Für das Gespräch mit Ihrem Steuerberater

Aufwendungen für Herrenabende können gemischt veranlasst sein und damit zum Abzug berechtigen

Lädt ein Unternehmer zu einer Veranstaltung ein, auf der die Gäste bewirtet und ggf. durch besondere Programmpunkte unterhalten werden, stellt sich oft die Frage, ob die Aufwendungen beruflich, privat oder gemischt veranlasst sind. Eine ausschließlich berufliche Veranlassung berechtigt den Unternehmer, die gesamten Aufwendungen steuermindernd geltend zu machen. Bei privater Veranlassung besteht diese Möglichkeit nicht.

Das Finanzgericht Düsseldorf musste über die Aufwendungen einer Anwaltskanzlei für jährlich stattfindende Herrenabende entscheiden. Die Kanzlei hatte die gesamten Aufwendungen als Betriebsausgaben abgezogen, weil sie nach ihren Angaben mit diesen Veranstaltungen den Mandantenstamm festigen bzw. erweitern wollte. Die Veranstaltungen, zu denen ausschließlich Männer aus den Bereichen Mandantschaft, Geschäftsfreunde und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens eingeladen waren, fanden im Garten des Hauses eines Partners der Kanzlei statt.

Da den Gästen weder ein besonderes qualitatives Ambiente noch ein besonderes Unterhaltungsprogramm geboten wurde, greift ein steuerliches Abzugsverbot nicht. Das Gericht sah die Aufwendungen für die Herrenabende allerdings als gemischt veranlasst an, da u. a. auch Gäste aus dem privaten Umfeld der Rechtsanwaltspartner teilnahmen. Daher ließ es nur 50 % der Aufwendungen zum Abzug zu.

Der Bundesfinanzhof muss möglicherweise abschließend entscheiden.

Rücknahme des Antrags auf ermäßigte Besteuerung des nicht entnommenen Gewinns

Auf Antrag kann bei bilanzierenden Einzelunternehmern und Mitunternehmerschaften, die Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb oder selbständiger Arbeit erzielen, der nicht entnommene Gewinn ermäßigt mit einem Steuersatz von 28,25 % (zzgl. Solidaritätszuschlag und ggf. Kirchensteuer) besteuert werden. Soweit der begünstigt besteuerte Gewinn in späteren Jahren vom Steuerpflichtigen entnommen wird, ist eine Nachversteuerung zu einem Steuersatz von 25 % (zzgl. Zuschlagsteuern) durchzuführen.

Der Steuerpflichtige kann für jeden Betrieb oder Mitunternehmeranteil gesondert wählen, ob er auf den gesamten nicht entnommenen Gewinn den ermäßigten Steuersatz anwenden oder ob er die Begünstigung auf einen Teil des nicht entnommenen Gewinns beschränken will. Es ist möglich, den Antrag auf ermäßigte Besteuerung bis zur Unanfechtbarkeit des Einkommensteuerbescheids des nächsten Veranlagungszeitraums ganz oder teilweise zurückzunehmen.

Das Finanzgericht Düsseldorf hatte darüber zu entscheiden, ob der Antrag auch zurückgenommen werden kann, wenn ein bestandskräftiger Bescheid des Folgejahrs geändert wird und dadurch für den Steuerpflichtigen nur eine eingeschränkte Anfechtungsmöglichkeit entsteht. Es entschied, dass ein Antrag auf ermäßigte Besteuerung nicht entnommener Gewinne nur bis zur Bestandskraft der Erstveranlagung des Folgejahrs zurückgenommen werden kann.

Kürzung von Betriebsausgaben bei Beiträgen zur betrieblichen Altersversorgung

Eine Ärztin betrieb eine Facharztpraxis. Sie richtete für zwei ihrer Sprechstundenhilfen eine betriebliche Altersversorgung mit einer Anwartschaftsdynamik von 5 % für jedes künftige Dienstjahr ein. Das Finanzamt verweigerte den Abzug der Beiträge als Betriebsausgaben.

Der Bundesfinanzhof entschied, dass Zuwendungen an eine Unterstützungskasse für lebenslängliche Leistungen mitunter nur begrenzt abziehbar sind. Der abziehbare Betrag ist entsprechend den Grundsätzen für Pensionsrückstellungen (einschließlich der sog. Überversorgungsgrundsätze) nach dem Teilwert zu ermitteln. Eine höher bemessene Versorgung führt als Überversorgung zur anteiligen Kürzung der Pensionsrückstellung, wenn die Versorgungsanwartschaft zusammen mit anderen Anwartschaften 75 % der am Bilanzstichtag bezogenen Aktivbezüge übersteigt.

Liegt die zugesagte Versorgung bereits ohne Berücksichtigung der Dynamisierung im Grenzbereich von 75 % bzw. deutlich höher, ist eine Anwartschaftsdynamisierung nur in einem moderaten Umfang, d. h. bis max. 3 %, angemessen. Wirkt sich die Dynamisierung zudem erheblich auf das Versorgungsniveau aus, ist diese bei der Ermittlung der Überversorgung in voller Höhe einzubeziehen. Insofern kann der Abzug von Betriebsausgaben eingeschränkt sein.

Durchführung von Produktschulungen ist keine unterrichtende Tätigkeit

Die Vermittlung von Kenntnissen über die Produkte eines spezifischen Auftraggebers gegenüber Fachhändlern ist keine unterrichtende Tätigkeit, wenn es sich nicht um eine Wissensvermittlung auf der Grundlage eines allgemeingültigen und abwandlungsfähigen Lernprogramms handelt.

Ein Einzelunternehmer war als freiberuflicher Mitarbeiter für eine GmbH tätig und führte schwerpunktmäßig Produktschulungen für Fachhandelskunden der GmbH durch. Seine Lehrtätigkeit erfolgte in organisierter und institutionalisierter Form durch Schulungen, die im Vorfeld durch die GmbH oder von Großhändlern geplant wurden. Die Schulungsunterlagen waren für alle Teilnehmer gleich und wurden begleitend zum Frontalunterricht in Papierform ausgegeben. Darüber hinaus wurde das vermittelte Produktwissen durch monatliche Newsletter ergänzt, die inhaltlich in Absprache mit dem Auftraggeber festgelegt und gestaltet wurden. Der Unternehmer ermittelte seinen Gewinn durch Einnahmenüberschussrechnung und machte Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit geltend.

Der Bundesfinanzhof entschied, dass eine produktspezifische Wissensvermittlung eine einzelfallbezogene beratende Tätigkeit und keine unterrichtende Tätigkeit darstellt. Auch eine schriftstellerische Tätigkeit kam nicht in Betracht, da u. a. nicht festgestellt werden konnte, ob und ggf. in welchem Umfang der Unternehmer die Newsletter selbst erstellt hatte. Das Gericht qualifizierte die Tätigkeit als gewerblich.

Anforderungen an Leistungsbeschreibung in einer Rechnung

Die Leistung, über die in einer Rechnung abgerechnet wird, muss so genau sein, dass eine Identifizierung eindeutig und leicht möglich ist. Eine grobe Beschreibung reicht nicht aus. Auch eine nur monatsweise zusammengefasste Abrechnung genügt in der Regel nicht. Zwar kann als Zeitpunkt der Lieferung oder sonstigen Leistung der Kalendermonat angegeben werden. Diese steuerlich zulässige Erleichterung beschränkt sich allerdings vornehmlich auf Dauerschuldverhältnisse, wie z. B. längere Wartungsverträge.

Dies ergibt sich aus einem Urteil des Finanzgerichts Hamburg. Es hatte über die Zulässigkeit des Vorsteuerabzugs aus Rechnungen von Subunternehmern bei einem Containerentladedienst zu entscheiden. Der Vorsteuerabzug war in diesem Fall auch deshalb zu versagen, weil das Gericht davon ausgehen musste, dass es sich um ein Scheinunternehmen handelte.

Der Bundesfinanzhof muss möglicherweise abschließend entscheiden.

Kein Einfluss des deutschen Lebensmittelrechts auf Einordnung von Waren als für den menschlichen Verzehr geeignet

Dem ermäßigten Umsatzsteuersatz von 7 % unterliegt u. a. die Lieferung von „genießbaren Schlachtnebenerzeugnissen“. Ob es sich um „genießbare“ Waren handelt, ist allein nach objektiven Merkmalen und Eigenschaften zu entscheiden. Auf Bestimmungen des nationalen (Lebensmittel-)Rechts oder auf hygienerechtliche Vorschriften kommt es nicht maßgeblich an. Stellungnahmen nationaler Behörden können deshalb allenfalls ergänzend zur Feststellung der objektiven Eignung der Waren für den menschlichen Verzehr herangezogen werden. Unerheblich ist auch, ob die Waren tatsächlich zum menschlichen Verzehr eingesetzt oder zu Tierfutter weiterverarbeitet werden.

(Quelle: Beschluss des Bundesfinanzhofs)



Autor: StB Marcel Spliethove, 42287 Wuppertal, Heinz-Fangman-Straße 4, Tel.: 0202-250600, E-Mail: info@spliethove.de, www.spliethove.de

Vorsicht Falle: „IGD Interessengemeinschaft Datenschutz“ mahnt fehlende https-Verschlüsselung ab

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder,

aus gegebenem Anlass dürfen wir Sie darüber informieren, dass die „IGD Interessengemeinschaft Datenschutz e.V.“ Abmahnungen wegen vermeintlicher DSGVO-Verstöße versendet. Abgemahnt werden Webseitenbetreiber, die ein Kontaktformular vorhalten, ohne die von ihnen betriebene Internetseite über eine SSL-Verschlüsselung zu sichern.

Der Empfänger einer Abmahnung wird dazu aufgefordert, eine strafbewehrte Unterlassungserklärung zu Gunsten der IGD abzugeben und Abmahnkosten in Höhe von 285,60 Euro an den Abmahnverein zu zahlen.

Es ist in keinem Fall zu empfehlen, die vorformulierte Unterlassungs- und Verpflichtungserklärung zu unterschreiben und zurückzureichen, weil derartige Erklärungen zeitlich unbefristet gültig sind und empfindlich hohe Vertragsstrafen nach sich ziehen können – unabhängig

davon, ob die Abmahnung berechtigt war oder nicht. Wir empfehlen Ihnen, bei Erhalt einer Abmahnung **in jedem Fall anwaltlichen Rat einzuholen**, zumal derzeit auch noch nicht geklärt ist, ob die DSGVO-Verstöße überhaupt abmahnfähig sind und auch noch unklar ist, ob die „IGD Interessengemeinschaft Datenschutz“ überhaupt berechtigt ist, Abmahnungen zu versenden.

Wichtig: Ob eine Webseite verschlüsselt ist, erkennen Sie an der Adresszeile des Browsers. Beginnt die Internetadresse mit „https“ statt „http“, ist die Seite verschlüsselt.

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Peter Murmann Joachim Schäfer
(Präsident) (Hauptgeschäftsführer)



Ihr Partner

für deutschlandweite Übernachtungen, Veranstaltungen und mehr

kundenorientiert | zuverlässig | partnerschaftlich | kreativ



Attraktive Firmenkonditionen für die Bundesvereinigung mittelständischer Unternehmer e.V.

Ihre Vorteile

- Sie haben einen zentralen Ansprechpartner für alle Maritim Hotels.
- Wir nehmen Ihre Anfrage auf und fragen die Kapazitäten in den gewünschten Hotels für Sie ab, dadurch sparen Sie Zeit und Kosten.
- Wir erstellen zielorientierte, transparente Angebote und Verträge für Sie.
- Wir unterstützen Sie bei der Planung und Organisation Ihrer Veranstaltung inklusive Locationsuche, innovativer Caterings und begleitender Rahmenprogramme.
- Bei Bedarf entwickeln wir individuelle Incentives/ Motivationsprogramme im In- und Ausland für Sie.

Mit dem Buchungscode BVMU99 erhalten Sie

- 12 % Rabatt auf alle tagesaktuellen Übernachtungspreise (Tagespreis und Frühbucherpreis) – immer und zu jeder Zeit (gültig für Einzelreisende bis neun Personen, ausgenommen Hotels mit fest vereinbarten Raten).
- ein kostenfreies Upgrade in die nächst höhere Zimmerkategorie inklusive VIP-Treatment für den Referenten, den Vorstand und die Geschäftsführung.
- feste Firmen-Sonderraten im Maritim proArte Hotel Berlin.

Ihre Firmen-Sonderraten 2018

Preise pro Zimmer und Tag exklusive Frühstücksbuffet¹.

Maritim Hotels	Zimmerkategorien					
	Classic		Comfort		Superior	
	EZ	DZ	EZ	DZ	EZ	DZ
Berlin proArte ^{2,3}	104 €	119 €	114 €	129 €	144 €	159 €

¹ Teilnahme am reichhaltigen Maritim Frühstücksbuffet pro Person/Tag: 24 €.

² Die Raten der Superior Kategorie beinhalten die Nutzung der Lounge. Hier stehen ab 6.30 Uhr Frühstück und den gesamten Tag Snacks, Getränke, Kaffee, Tee und andere Annehmlichkeiten zur Verfügung.

³ Ggf. zzgl. lokaler Abgaben auf die Beherbergung.

Ihre persönliche Ansprechpartnerin:

Sabine Fiebich
Verkaufsassistentin

Maritim Hotel Gelsenkirchen
Am Stadtgarten 1
45879 Gelsenkirchen
Telefon 0209 176-1701
sfiebich.vkd@maritim.de

Betriebsstätte der Maritim Hotelgesellschaft mbH
Herforder Straße 2 · 32105 Bad Salzuflen

